

Like it or not, that's the way of the world

Prof. M. Glennon erklärt uns das neue Völkerrecht

Ist die Außenpolitik der USA tatsächlich reine Boshaftigkeit? Mit ungetrübter, unschuldiger Selbstverständlichkeit beanspruchen die Vereinigten Staaten die Alleinherrschaft. Wieviel Zeit aber sollte noch vergehen, bis diese grenzenlose Selbstbehauptung endlich wahr- und ernstgenommen wird auf europäischen Fluren? Michael Glennon, Rechtsprofessor aus Massachusetts, bemühte sich in der FAZ vom 25.06.03, den Deutschen das Denken der US-amerikanischen Administration näherzubringen.



Für Michael Glennon hat das UN-System, gemessen am eigenen Maßstab, versagt. In mehr als einhundert Fällen seit 1945 hätten Mitgliedsstaaten das Verbot militärischer Gewalt missachtet, ohne plausibel behaupten zu können, der Einsatz der Waffen erfolgte nur als – erlaubte – Antwort auf einen bewaffneten Angriff. Das tatsächliche Handeln aber vermittele ein weit authentischeres Indiz für die Absichten von Staaten als die einstmals hinterlegte Ratifizierung irgendeines Vertrages. Sprich, die Charta der Vereinten Nationen sei außer Gebrauch gekommen, „abgelöst von einer Praxis, die sich mit den hehren Idealen dieses Dokuments so gar nicht mehr verträgt.“

Das Versagen des UN-Sicherheitssystems sei aber laut Glennon auch darauf zurückzuführen, dass die Vereinigten Staaten die internationale Ordnung einseitig beherrschten. Im Gegensatz zu Russland, Frankreich und neuerdings auch Deutschland hätten sich die USA längst unwiderruflich darauf festgelegt, diese unipolare Ordnung aufrechtzuerhalten. Die „National Security Strategy“, die von den USA letzten Herbst veröffentlicht worden war, formuliert entsprechend: „Unsere Streitkräfte sollen stark genug sein, potentielle Gegner davon abzuhalten, militärisch aufzurüsten, mit dem Ziel, die Macht der Vereinigten Staaten zu übertref-

fen oder auch nur mit ihr gleichzuziehen.“ Für den Sicherheitsrat bedeute dies, dass die USA und ihre machtpolitischen Rivalen jeweils langfristige strategische Ziele verfolgen, die nicht miteinander zu vereinbaren seien, wobei jede Seite den Sicherheitsrat – und andere internationale Institutionen – für seine Ziele nutze. Ergebnis: Stillstand.

Aber, so Glennon, die Gründe für das Scheitern der Vereinten Nationen zur Herstellung kollektiver Sicherheit beruhten nicht auf einer Fehlkonstruktion der Institution oder speziell des UN-Sicherheitsrates, sondern auf der strukturellen Eigenart eines internationalen Systems, dem eine zentrale Autorität fehle. Folgerichtig sollten sich die *Staatsmänner* sinnvollerweise nicht der Frage zuwenden, wie die Arbeitsweise des Sicherheitsrates verbessert werden könne, sondern wie ein bestimmter Staat seine Außenpolitik am wirksamsten umstellt, um seine nationalen Interessen unter den Bedingungen eine unipolar organisierten Welt zu wahren.

Der Versuch, die Macht der USA mit Hilfe internationaler Institutionen einzugrenzen, würde langfristig für Washington nur Anreize schaffen, allein zu handeln: „Warum sollte sich ein Staat, der seine Macht ausbauen will – und das heißt nur: Seine Fähigkeiten verbessern, das zu bekommen, was er will – an Grenzen halten, die er

auch umgehen könnte?“ Glennon ist sich sicher, weitsichtige deutsche Staatsmänner werden aus diesem Grund nicht versuchen, die USA mit Hilfe internationaler Institutionen zu übertrumpfen. Denn so „emanzipiert“ sich Deutschland dabei vorkommen mag, würde es sich durch ein solches Vorgehen doch nur selbst schaden.

Produktiver sei es dagegen, den US-amerikanischen Zwiespalt besser zu verstehen: Einerseits müssen die USA vermeiden, dass sie auf internationale Institutionen angewiesen seien, die deren Handeln Legitimität verleihen. Es habe schließlich keinen Sinn, eine „Hypermacht“ zu sein, wenn wichtige außenpolitische Initiativen nicht durchgesetzt werden können, ohne dass andere Staaten zustimmen. Andererseits fördere diese Legitimität, zumindest in manchen Fällen, amerikanische Interessen ohne jeden Zweifel. Noch schwieriger würde die Rechnung durch die widerstrebenden langfristigen Interessen US-Amerikas. Glennons weise Einsicht, dass sich die amerikanische Hegemonie nicht ewig halten können, macht es für die USA unausweichlich, „sich zumindest auf einige internationale Institutionen, Regeln und Regimes (!?) einzulassen, um die eigenen Interessen auch dann noch zu wahren, wenn der relative Vorteil von „hard power“ einmal verbraucht sein wird.“

Das Risiko einer solchen Selbstverpflichtung liege nun aber in dem zu frühen Eingehen und daraus resultierenden Machtverlust der USA. Die Balance sei hart zu halten. Überhaupt sei aber die ganze transatlantische Debatte über Uni- und Multilateralismus eine Debatte um falsche Kategorien. Anstatt Gegensätzliches zu beschwören, bestärkten sie sich doch untereinander. Der unilaterale Einsatz der militärischen Macht der USA habe in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Zone der Sicherheit geschaffen, in der die europäische Integration bedeutende Fortschritte machen konnte. Andererseits mache die multilaterale Zusammenarbeit die raue Wirklichkeit amerikanischer Hegemonie erträglicher. Es sei bei weitem wirksamer, andere Regierungen dazu zu bringen, zu wollen, was die Vereinigten Staaten wollen, als sie zu irgendetwas zu zwingen.

Daher lautet der Appell Glennons an die amerikanischen AußenpolitikerInnen: Erkennet, dass es nicht wichtig ist, ob ein bestimmtes Verhalten unilateral oder multilateral sei, sondern ob es den US-amerikanischen Interessen nützt. Und um nichts falsch zu verstehen: Eine derartig wichtige Frage müsse behutsam von Fall zu Fall entschieden werden und *keineswegs* ideologisch! Na, da sind wir ja beruhigt...

Polemischer Nachtrag

„Regeln sind für Schwache!“ Das lernt jedes Kind, und schreit nur dann nach der erwachsenen Autorität, wenn es nicht selbst das Spielzeug geklaut hat, sondern das Spielzeug ihm geklaut wurde. Je älter Kinder werden, um so häufiger merken sie, wie praktisch es ist, Sachverhalte von der Realität abzuwandeln und sich unschuldig zu stellen und so das Gewünschte Eingreifen der Autorität zu provozieren. Wem nie etwas ge-

nommen wird, der/die braucht auch keine Stellvertreterdurchsetzung.

Das Bemerkenswerte an Glennons Positionen liegt nicht in der Zielrichtung hegemonialer Interessenpolitik „by all means necessary“, sondern in der Direktheit, mit der sie vorgetragen wird. Die Ehrlichkeit eines Siegers, der keiner Legitimation bedarf, um gegen Regeln zu verstoßen: „Like it or not, that is the way of the world.“

Deutschland hat es da nicht so einfach. Ohne Veto im Sicherheitsrat, ohne Militärstützpunkte auf der ganzen Welt, statt dessen eine Vergangenheit, die jedem Heldentod im Feld einen bitteren Beigeschmack verleiht. Da braucht's zur Sicherung eigener Interessen schon mal ein paar Regeln, um nicht hinten an zu stehen. Mit Emanzipation hat das nichts zu tun. Blöd nur, wenn es keine tatsächliche Autorität gibt, die ohne Eigeninteresse über die Durchsetzung der Regeln wacht. Bleiben als einzige Autoritäten eben doch nur die Starken, die Regeln immer nur im eigenen Interesse verteidigen. Dieses Verhalten kennzeichnet den Lauf der Geschichte. Ohne Zweifel hat hegemoniales Streben, haben Kriege darin ungeheure Innovativkraft gehabt und (gesellschaftliche) Stagnation überwunden. Was sonst lernen wir in der Schule über Geschichte, als die Geschichte der Kriege? Nur, ist die Geschichte wirklich so glorreich, wie sie von ihren SiegerInnen geschrieben wurde?

Ebenso verdächtig wie der inflatorische Gebrauch von Superlativen, der die Selbstbeschreibung von Macht um weitere Hyper-, Mega- und Giga-Präfixe bereichert, ist die Tendenz, völkerrechtliche Postulate, auf deren Umsetzung bis heute nur gehofft werden kann, für obsolet, weil nicht durchsetzbar, zu erklären. Das erinnert stark an die übliche Verhaltensweise von Regierungen, wenn ihre Handlungen von den Gerichten

für rechtswidrig erklärt werden: Sie ändern einfach die Gesetze. Warum sollte es also im Völkerrecht anders sein, als im Kindergarten? Das Gewaltverbot wird abgeschafft, das Folterverbot hat – trotz neuer Verträge – praktisch nie existiert, und Völkermord? Naja, so lange es noch gebraucht wird, um „erkannte“ Terrorregime zu verurteilen ... aber dass ja niemand auf die Idee kommt, die USA wegen Genozids an den Native Americans, den VietnamesInnen, KoreaneInnen etc. anzuklagen.

In der Präambel ihrer Charta haben es sich die Vereinten Nationen zum Ziel gesetzt, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Dass dieses Ziel wie so manche andere postulierte Völkerrechtsnorm noch lange nicht erreicht ist, weil partikulare Interessen eine intensionsgetreue Umsetzung immer wieder blockierten, lässt nicht nur den Schluss zu, dass Mensch hinter die Erkenntnisse und zeithistorischen Erfahrungen zurückfallen muss, unter denen diese Postulate entstanden. Vielmehr bedarf es vor allem des Willens zu deren Umsetzung. Dabei spielt die Reform der Entscheidungsgremien ohne Zweifel eine wichtige Rolle. Ob es aber genügt, den Präsidenten der USA an deren Stelle zu setzen oder Deutschland in den Sicherheitsrat aufzunehmen, darf bezweifelt werden.

Es bedarf schon einigen Mut zur Utopie, um den Lauf der Welt zu ändern und eine Welt zu schaffen, in der alle Beteiligten auf „die Wahrung des Friedens und der Menschenrechte und der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen“ hinwirken. Mit Interessen hat das nichts zu tun, eher mit Notwendigkeiten. Regeln sind für Schwache, aber es kann ja auch mal anders kommen.

Wiebke Poschmann &
Micha Plöse